

Grundlegende Argumentationsprobleme

Cornelia Hildebrandt / Jürgen Klute / Helge Meves / Franz Segbers (Hrsg.): Die Linke und die Religion. Geschichte, Konflikte und Konturen. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg: VSA 2019, 240 S., 16,80 Euro, ISBN 9783964880109

Seit ihrer Gründung vertritt die Partei DIE LINKE in der Religionspolitik den Ansatz, einerseits die Scheidung von Staat und Religion zu fordern, und andererseits das Recht auf Glaubensfreiheit und Schutz vor Diskriminierung zu betonen sowie gläubige Menschen explizit als Bündnispartner anzusprechen.

Dieser auf den ersten Blick klare Standpunkt erweist sich in der Praxis als kompliziert. Zwar forderte die Partei mehrfach in Wahlprogrammen die »Trennung von Staat und Religion« (so in Bayern 2013 und 2018) bzw. »Staat und Kirche institutionell trennen« (bspw. Bundestagswahl 2013, Thüringen 2019) auf, und das Grundsatzprogramm von 2011 gibt an: »Laizismus bedeutet für uns die notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche.« Doch in der Debatte um das Bundestagswahlprogramm 2017 konnte sich die Forderung nach einer konkreten Beendigung der Staatsleistungen an die Kirchen nicht durchsetzen, ebenso wie ein Antrag des sächsischen Landesvorstands an den Magdeburger Parteitag 2016, der versucht hatte, die abstrakte Definition aus dem Grundsatzprogramm in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Die letzte große Debatte entzündete sich am Berliner Neutralitätsgesetz, das von Teilen der Berliner LINKEN als diskriminierend gegenüber Kopftuch tragenden muslimischen Frauen bewertet und von anderen Teilen als notwendige Maßnahme zur Sicherung der staatlichen Neutralität verteidigt wird.

Als Beitrag zu diesen Debatten ist der vorliegende Sammelband zu verstehen, dessen HerausgeberInnen an den genannten Diskussionen prominent beteiligt sind. Seine drei Abschnitte behan-

deln die Geschichte des Verhältnisses von Linken und Religion, die staatliche Verortung konkreter Glaubensgemeinschaften und aktuelle Konfliktfelder linker Religionspolitik.

In einem einleitenden programmatischen Beitrag treten die HerausgeberInnen für eine stärkere Öffnung gegenüber religiösen Gemeinschaften ein, die sich auch durch die anderen Beiträge des Buches zieht. Dabei betonen sie Überschneidungen von Sozialismus und Christentum, plädieren für die Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften als voneinander unabhängige Akteure statt der strikten Trennung von Staat und Religion, und fordern unter Verweis auf Marx, dass Sozialisten nicht die Kritik der Religion, sondern die Kritik kapitalistischer Verhältnisse betreiben sollten, deren Hervorbringung die Religion ist.

Die Liste der AutorInnen ist lang – zu lang für ein Buch dieses Umfangs. Die meisten sind selbst theologisch und/oder religionspolitisch tätig. In den 24 Beiträgen werden viele Themen angeschnitten, aber kaum eines ausgeführt. Hier wäre eine Fokussierung auf Kernpunkte zu bevorzugen.

Im Sammelband zeigen sich einige grundlegende Argumentationsprobleme der beteiligten Autoren. Um die Gleichheit der Ziele von Sozialismus und Religion zu begründen, wird ein selektives Bild der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland gezeichnet, das wesentliche Konflikte ausblendet. So würdigt Franz Segbers in seinem Artikel zur »christlichen Hoffnung auf eine Transzendierung der Welt« die Befreiungstheologie und Papst Franziskus' Kapitalismuskritik. Dass die katholische Kirche weltweit die sexualgesundheitliche Aufklärung bekämpft und mittlerweile unzählige Fälle von sexuellem Missbrauch durch ihre Würdenträger nachgewiesen sind, wird hingegen nirgendwo im Buch erwähnt. Im Hinblick auf den Islam geben Faizan Ijaz und Saadat Ahmed eine stark idealisierte Schilderung von Mohammeds Zeit in Medina – in Bezug auf die Gegenwart erwähnen sie aber lediglich, dass viele Muslime ihren Glauben als Motivation nutzen, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Reale Probleme der religiösen Praxis – etwa die von verschiedenen islamischen Gemeinden praktizierte

Geschlechtertrennung – werden nicht adressiert. Damit können aber auch keine linken politischen Lösungen für sie gefunden werden. Auch die all-gemeinen religionsphilosophischen Beiträge von Autoren wie Frieder Otto Wolf und Wolfgang Fritz Haug bleiben an der Oberfläche und betrachten Religionen im Wesentlichen als wertneutrale Beiträge zum pluralistischen Diskurs, statt diesen Diskurs mittels marxistischer Analyse als Arena von Klassenkämpfen zu erkennen.

Die religionspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Christine Buchholz, macht diese Nicht-Thematisierung von Konflikten in ihrem Nachwort sogar explizit zum Programm: »Den Opfern des von der AfD geschürten Rassismus hilft es sicher nicht, wenn sie sich zugleich von vermeintlichen linken Religionskritikern unter Beschuss sehen.« (S. 232). Religiöse Minderheiten (in diesem Fall Muslime) erscheinen dabei nur noch als »Opfer rassistischer Hetze« (ebd.), nicht als in sich differenzierte Gruppen mit eigenen Gedanken, die eben auch kritikwürdig sein können. Eine politische Zusammenarbeit »auf Augenhöhe« (S. 229), die Buchholz fordert, wird durch diese Reduktion von Menschen auf ihren Opferstatus behindert.

Besonders ärgerlich ist in dieser Hinsicht, wie in dem Band teilweise gegnerische Positionen delegitimiert werden – so behauptet Buchholz in dem genannten Beitrag ohne jeglichen Beleg, dass die feministische Organisation Terre des Femmes »in der Kritik von linken Akteuren steht, weil sie in ihrem Umgang mit dem Islam keine Trennschärfe zu rechten, islamfeindlichen Kräften hat« (S. 230). Noch schlimmer wird es, wenn Marco Schendel in seinem Text zum Menschenrecht auf Religionsfreiheit behauptet: Wer »Knabenbeschneidung mit Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen [...] gleichsetzt, begeht [...] einen Angriff auf die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens« (S. 67) – die komplexe ethische Debatte über die Abwägung zwischen den Grundrechten auf Religionsfreiheit der Eltern und körperliche Unversehrtheit des Kindes, die 2012 auch in der LINKEN kontrovers geführt wurde, wird so auf eine reine Loyalitätsfrage reduziert.

Der dritte Abschnitt des Sammelbandes enthält jedoch auch einige Beiträge, die positiv hervorgehoben werden müssen. So gibt Erhard Schleitzer eine Einführung in die arbeitsrechtliche Situation der kirchlichen Betriebe und zeigt, wie die Kirchen sich auf einem neoliberalen Gesundheits- und Pflegemarkt dank ihrer Sonderrechte Wettbewerbsvorteile verschaffen. Jürgen Klute bringt diskussionswürdige Argumente dafür vor, wie das bundesrepublikanische System der Kirchensteuern Religionsgemeinschaften unabhängig von der politischen Einflussnahme finanzstarker Spender machen kann. Kolja Lindner stellt die historische Genese des französischen Laizismus dar und weist auf die Widersprüche hin, die sich aus der Anwendung dieses Prinzips auf den Islam ergeben. Und Peter Bürger unterzieht das bundesdeutsche Modell der Militärseelsorge, die die Kirchen in den Militarismus einspannt, einer vernichtenden Kritik.

Leider können auch diese positiven Beispiele nicht die grundlegenden Mängel des Buches ausgleichen. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass der bürgerliche Staat weitgehend kritiklos als »Spielfeld« linker Politik akzeptiert wird. Der Artikel von Cornelia Hildebrandt und Ilseget Fink zur DDR thematisiert denn auch in erster Linie die »fehlgeleitete (weil dirigistische – M. W.) SED-Kirchenpolitik« (S. 93) und deren Abwicklung durch die PDS. Betrachtungen der Religionspolitik anderer – vor allem heutiger – sozialistischer Staaten fehlen völlig. Die dazu passende antikommunistische Stoßrichtung wird bereits im Einführungstext vorgegeben, wo das Ende der RGW-Staaten damit abgetan wird, dass »im Globalen Norden eine Idee missbraucht und geschändet wurde und diktatorische Regime zusammenbrachen.« (S. 17) Wer es aber mit dem »Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist« (Karl Marx, zitiert im Beitrag von W. F. Haug, S. 31) ernst meint, der muss sich auch fragen, wie die gegenwärtige Gesellschaft konkret in Richtung Sozialismus überwunden werden kann.

Markus Wollina